Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 150. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Dienstag, 30. März 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die Lösung der Orientfragen.

Von maßgebender Stelle wird in Belgrad das Gerücht, König Peter beabsichtige auf den Thron zu verzichten, als völlig unbegründet bezeichnet.

Aus Wien wird gemeldet: Unter Aufrechterhaltung des für den Grenzschutz für Bosnien und die Herzegowina nötigen Truppenstandes wird, der „Neuen Freien Presse" zufolge, aus Rücksicht für die Familien der in der letzten Zeit Einberufenen und auf die Budgetbelastung der Armeeverwaltung in absehbarer Zeit mit der Beurlaubung der Reservisten begonnen werden. Diese Maßnahme kann nicht allgemein und alle Jahrgänge gleichzeitig treffen und darf auch schon wegen der Aufrechterhaltung des normalen Bahnverkehrs nur nach und nach durchgeführt werden. Die am Sonntag und Montag erfolgten Neueinberufungen sind normal zur Ableistung der früheren Waffenübungen erfolgt.

Der Meldung eines Londoner Morgenblattes aus Petersburg zufolge überreichte der deutsche Botschafter, Graf Pourtales, dem Minister des Aeußeren, Iswolski, Montag eine Note, in der in höflicher, aber bestimmter Weise die Aufgabe der ehrgeizigen Politik Rußlands verlangt und erklärt wird, daß, wenn Serbien energisch nicht von Rußland zum Nachgeben aufgefordert werde, Oesterreich-Ungarn dies als einen feindseligen Akt seitens der russischen Regierung ansehen und daraus die Konsequenzen ziehen werde. Zur Verstärkung des Eindrucks wies Graf Pourtales Iswolski darauf hin, daß Deutschland bereit sei, mit Oesterreich-Ungarn sofort die Konsequenzen einer russischen Weigerung zu ziehen. Iswolski habe Grund gehabt zu der Annahme, daß im Falle der Zurückweisung der Note die Mobilisierung der deutschen Truppen an der russischen Grenze innerhalb 48 Stunden erfolgen würde.

Hierzu bemerkt das Wolffsche Telegraphen-Bureau: Der deutsche Botschafter in Petersburg hat dort weder eine Note überreicht, noch die Sprache geführt, die ihm in der vorstehenden Meldung in den Mund gelegt wird.

Bei Redaktionsschluß erfahren wir noch aus Belgrad: Montag vormittag besuchte Graf Forgach den Minister des Aeußern Dr. Milowanowitsch. Gegenstand der Besprechung bildete die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Milowanowitsch erklärte, er werde diese Frage dem Ministerrate unterbreiten. In Regierungskreisen wird erklärt, die serbische Regierung werde die Forderungen der Großmächte erfüllen, da sie überzeugt sei, daß nur solche Forderungen an Serbien gestellt werden würden, welche die Würde eines unabhängigen Staates nicht verletzten.

Deutsches Reich.

* **Vom Kaiser.** Der „Reichsanzeiger" meldet: Der Kaiser nahm Montag vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Ministers des Innern v. Moltke und des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini entgegen.

* **Kaiser Wilhelm und schwedische Offiziere.** Das vom Kaiser Wilhelm bei seinem letzten Besuch in Stockholm der Leibgarde zu Pferde versprochene Portrait ist am Montag dem Regiment von dem dortigen deutschen Gesandten überreicht worden. Das Bild stellt den Kaiser in Lebensgröße in der Paradeuniform des Regiments der Garde-du-Corps dar. Beim Frühstück, daß die Offiziere des Regiments für die Mitglieder der deutschen Gesandschaft veranstalteten, traf von Seiner Majestät dem Kaiser ein Antworttelegramm auf ein von dem Regiment an ihn gesandtes Danktelegramm ein.

* **Dr. Wiegand †.** Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Dr. Wiegand, ist Montag nachmittag im Sanatorium Dr. Pariser in Homburg v. d. H. nach längerem Leiden gestorben.

* **Die nächste Herrenhaussitzung.** Wie verlautet, wird die nächste Plenarsitzung des Herrenhauses zur Beschlußfassung über die gesamten Besoldungsvorlagen auf Grund der Kommissionsbeschlüsse erst gegen Ende April zu erwarten sein. Ueber das Mantelgesetz, die Lehrerbesoldungsvorlage und die Besoldungsordnung werden schriftliche Berichte erstattet.

* **Aus Eisenbahn-, Hochbau- und Wasserbauverwaltung.** Die Berliner „Correspondenz" schreibt: Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat entsprechend einer im Landtage gegebenen Anregung für einen Zweig seines Geschäftsbereiches, die Staatseisenbahnverwaltung, bereits vor längerer Zeit Ermittelungen darüber angeordnet, ob und inwieweit höhere technische Beamte durch erprobte mittlere Beamte von weniger bedeutenden Dienstgeschäften entlastet und in minder wichtigen Dienststellungen ersetzt werden können. Neuerdings hat der Minister die Ermittelungen auch auf die Hochbau- und Wasserbauverwaltung ausgedehnt. Der Zweck des Vorgehens ist: die höheren Baubeamten von weniger wichtigen Aufgaben zu entlasten, die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse dieser Beamten günstiger zu gestalten und besonders tüchtigen mittleren technischen Beamten das Einrücken in gehobene Stellen zu ermöglichen.

* **Gegen Regierungsrat Martin.** Vor dem kaiserlichen Disziplinarhof in Leipzig wurde am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Wirklichen Geheimen Rats Dr. Freiherrn von Seckendorff gegen den Regierungsrat Paul Martin aus Berlin verhandelt. Vertreter der Anklage war der Geheime Regierungsrat Dr. Lewald vom Reichsamt des Innern. Die Kaiserliche Disziplinarkammer in Potsdam hatte Martin zur Dienstentlassung verurteilt. Gegen dieses Erkenntnis hatte der Angeschuldigte, der persönlich erschienen war, Berufung eingelegt. Der Kaiserliche Disziplinarhof hat gestern in seinem Urteil für Recht erkannt, die Entscheidung der Disziplinarkammer unter Verwerfung der Berufung zu bestätigen und die Kosten des Verfahrens dem Angeschuldigten aufzuerlegen. Der Kaiserliche Disziplinarhof hält in allen vier Punkten der Anklage den Angeschuldigten des Dienstvergehens für überführt. Er nimmt an, daß dieser eine Reihe von Artikeln der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", die gegen den Grafen v. Posadowsky gerichtet waren, inspiriert und daß er in einer Zuschrift an die „Germania" sich in taktloser und unangemessener Weise über einen ehemaligen direkten Vorgesetzten geäußert habe. Der Disziplinarhof erblickt in der Veröffentlichung einer Beschwerde an den Reichskanzler ein schweres Dienstvergehen und sieht auch in Martins Weigerung, eine von einem Vorgesetzten verlangte Aeußerung abzugeben, ein erhebliches Vergehen. Hinzu kommt, daß bei dieser Weigerung der Angeschuldigte wiederum eine abfällige, ungehörige Bemerkung über den Grafen Posadowsky gemacht hat. Der Disziplinarhof hält die Gründe, aus denen die Disziplinarkammer weiteren Beweisanträgen nicht stattgegeben hat, für berechtigt. Als Strafzumessung erschien nur die Dienstentlassung angemessen. Es liegen eine Reihe erheblicher Dienstvergehen vor. Das amtliche Vorleben und das außeramtliche Verhalten des Angeklagten als Schriftsteller sind derart gewesen, daß mildernde Umstände nicht in Betracht kommen. Auf die neuen Veröffentlichungen des Angeschuldigten brauchte bei der Strafzumessung nicht eingegangen zu werden.

* **Auf der Heimreise.** Nach Mitteilung des Kriegsministeriums hat der zweite Truppentransport des ostasiatischen Detachements, welcher mit dem Reichspostdampfer „Prinz Ludwig" heimkehrt, unter Führung des Hauptmanns Rose in der Stärke von acht Offizieren und 241 Mann am 28. März Tientsin verlassen.

Deutscher Reichstag.

235. Sitzung vom 29. März, 12 Uhr.

Am Bundestagstisch: Fürst Bülow, von Bethmann-Hollweg, von Schoen, von Tirpitz, Dr. Sydow, Dernburg, von Loebell.

Sämtliche Logen und Tribünen sind dicht besetzt, besonders auch die Diplomatenloge und die Hofloge, in der Prinz August Wilhelm Platz genommen hat.

Das Haus ist stark besetzt.

Auf der Tagesordnung steht der

Etat des Reichskanzlers, die auswärtige Politik.

Reichskanzler **Fürst Bülow:** M. H., ehe ich näher auf die Entwickelung der Orientangelegenheiten eingehe, möchte ich kurz die Ereignisse berühren, bei denen unsere Politik besonders beteiligt gewesen ist, seitdem ich das letzte Mal die Ehre hatte, mich vor diesem hohen Hause auszusprechen über die auswärtigen Geschäfte des Landes. Ich stelle voran den Besuch, den Ihre Majestäten der König und die Königin von England im Februar dieses Jahres unserem Kaiserpaare in der Reichshauptstadt abgestattet haben. Ich zögere nicht, diesen Besuch in seinem ganzen, äußerst harmonischen Verlaufe als ein in jeder Beziehung glückliches Begebnis zu bezeichnen. (Beifall.) Die herzliche Aufnahme, die dem englischen Königspaare an unserem Kaiserhofe bereitet worden ist, die sympathische Anteilnahme aller Schichten der Bevölkerung, das Echo, welches die Berliner Festtage in England erweckt haben, vor allem aber die Worte aufrichtiger Friedensliebe und Freundschaft, die Seine Majestät der König von England hier gesprochen hat und die nachher in der englischen Thronrede und in der Adreßdebatte des englischen Parlaments bekräftigt worden sind — das alles hat beiden Völkern wieder einmal zum Bewußtsein gebracht, wie sie gegenseitig sich achten und friedlich in Friedensarbeiten wetteifern. (Beifall.) Das Netzwerk ihrer Beziehungen ist nicht so leicht zu zerreißen, wie sehr auch von mutwilligen Händen daran gezerrt sein mag. Es gibt ja auch kaum zwei Länder, die für ihre nationale Arbeit so sehr auf einander angewiesen sind wie Deutschland und England. (Sehr richtig!) Nun weiß ich wohl, daß es wie bei uns, so auch in einem politisch so reifen Volke wie dem englischen nie an Fanatikern fehlen wird, die keinen Blick haben für die Gesamtheit und für die große Interessengemeinschaft zwischen dem deutschen Volke und dem englischen. Ich bin aber der festen Zuversicht, daß es ihnen nicht gelingen wird, einen Einfluß auf das politische Denken der britischen Nation zu gewinnen. Die Eindrücke, die ich während des Berliner Besuches in einer Reihe von politischen Unterredungen gewonnen habe, bestärken mich in dieser Zuversicht, der ich nicht zum ersten Male von dieser Stelle Worte verleihe. (Sehr gut! rechts.)

Die deutsch-französischen Reibungen der letzten Jahre wegen Marokko haben auch auf die sonstigen Beziehungen beider Länder zu einander und damit auf deren Verhältnis zu anderen Nationen und auf die allgemeine politische Lage ungünstig eingewirkt. Da die praktische Bedeutung der von beiden Teilen verfochtenen und widersprechenden Auffassungen nicht im Verhältnis stand zu dem angerichteten Schaden, so war beiderseits das Bedürfnis nach Beseitigung des Gegensatzes seit einiger Zeit hervorgetreten. Das Abkommen sichert Frankreich einen nicht unberechtigten politischen Einfluß. Deutschland aber sichert das Abkommen eine Beteiligung von Handel und Gewerbe. Es freut mich, daß der Widerspruch gegen dieses Abkommen in beiden Ländern gering war und gegen die fast allgemeine Zustimmung nicht aufkommen konnte. (Sehr gut! rechts.) Das Bewußtsein der Kulturgemeinschaft unter den großen zivilisierten Völkern hat sich im Laufe der vergangenen Jahrhunderte zu sehr gestärkt, als daß eine Politik der Schadenfreude nicht überall Schaden anrichten sollte, ohne dem eigenen Lande zu dienen. (Sehr richtig!) Für ganz verfehlt hatte ich die Berufung auf den Fürsten Bismarck. Wir wissen alle, daß Fürst Bismarck es als nützlich betrachtete, wenn Frankreich seine Kraft in kolonialen Unternehmungen betätigte. Nun, seinerzeit gab es für Frankreich eine offene, eine schmerzhafte Wunde, das war Tonking. Wenn sich die Archive einmal öffnen werden, dann wird sich erst zeigen, wie der große Staatsmann alles tat, was in seinen Kräften stand, um die chinesische Regierung von Feindseligkeiten gegen Frankreich anläßlich von Tonking abzuhalten.

Es ist behauptet worden, als wäre ich anfänglich unsicher gewesen wegen der Haltung, die wir einzunehmen hätten gegenüber der Annexion von Bosnien und der Herzegowina. Es ist sogar versucht worden, mich bei unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen als schwankend, bedenklich und vertrauensunwürdig zu denunzieren. (Hört! hört!) Da es sich hier um eine Legende handelt, die unsere intimsten Bundesbeziehungen berührt, so glaube ich, daß diese Legende garnicht kräftig genug zerstört werden kann. (Beifall.) Die österreichisch-ungarische Zirkularnote wegen der Annexion ist uns am 7. Oktober v. Js. übergeben worden. Am Tage vorher war auf meine Weisung der Kaiserliche Botschafter in Wien dahin instruiert worden: ich legte besonderen Wert darauf, daß man hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Es sei das für uns ein Erfordernis selbstverständlicher Loyalität und es entspreche das dem Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, dem Europa zum größten Teil einen dreißigjährigen Frieden verdanke. Zu der Zeit schrieb ich nach London, daß wir einerseits für die Reformbewegung Sympathie hätten, und daß wir andererseits unseren treuen Bundesgenossen in seiner schwierigen Lage nicht im Stich lassen würden. Am 13. Oktober schrieb ich weiter nach London, daß Oesterreich-Ungarn die bosnische Frage auf einer Konferenz nicht ohne weiteres zulassen könne, und daß wir unserem Verbündeten in dieser Auffassung zur Seite ständen. Am selben Tage ließ ich eine Instruktion nach Wien gehen, aus der ich abschließend noch einen kurzen Passus mitteilen möchte. Ich schrieb an unseren Botschafter in Wien: Ich hatte gestern Gelegenheit zu einer längeren Aussprache mit Sr. Majestät dem Kaiser und König und bin in der Lage, zu sagen, daß Seine Majestät vollkommen den Standpunkt billigt und teilt, den ich seither eingenommen habe, daß der feste Wille in Erfüllung unserer Bundespflicht vorhanden ist, an der Seite unseres Verbündeten zu stehen und zu bleiben. Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten, wird unser Verbündeter auf uns rechnen können. Se. Majestät, dessen verehrungsvolle Freundschaft für den Kaiser Franz Josef bekannt ist, steht in unerschütterlicher Treue zu seinem erhabenen Verbündeten. Man hat darüber geklagt, daß wir uns dadurch unnötigerweise in Gefahren begeben hätten. Es wird als Bismarcksche Ansicht hingestellt, daß wir in der Balkankrisis jede Stellungnahme hätten vermeiden sollen. Ich behaupte, daß eine solche Laudiceapolitik vom Fürsten Bismarck ohne Bedenken verworfen worden wäre. In seiner unsterblichen Rede vom 6. Februar 1889 sagte Fürst Bismarck — ich habe mir die Stelle aufgeschrieben —: Ein Staat wie Oesterreich-Ungarn wird dadurch, daß man ihn im Stiche läßt, entfremdet und wird geneigt werden, dem die Hand zu bieten, der seinerseits der Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist. Nicht in der Aussicht auf irgend einen handfesten territorialen oder wirtschaftlichen Gewinn liegt unser Interesse, unser eigenes und eigentliches Interesse liegt in der Situation. (Sehr wahr!) Glauben Sie wirklich, daß wir irgend einen neuen Freund gewonnen, irgend einen Ersatz gefunden hätten für ein durch 30 Jahre bewährtes Bündnis, wenn wir die Probe auf unsere Treue nicht bestanden hätten? (Sehr wahr!) Nicht aus Furcht etwa, den Anschluß an andere Mächte nicht zu finden. (Sehr gut!) Wir würden uns, m. H., sehr bald wohl diesmal ohne Oesterreich-Ungarn derselben Mächtegruppierung gegenüber gesehen haben, der Oesterreich-Ungarn hätte weichen müssen. Ich habe ein höhnisches Wort gelesen über unsere „Vasallenschaft gegenüber Oesterreich-Ungarn". Das Wort ist einfältig. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt keinen Streit über den Vorkritt wie zwischen den Königinnen im Nibelungenliede, aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn nicht ausschalten. (Lebhafter Beifall.) Die wollen wir vor aller Oeffentlichkeit Oesterreich-Ungarn gegenüber wahren. (Lebhafter Beifall.) Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, will ich hier gleich einfügen, daß ich in dieser unserer Haltung auch eine eminente Friedenssicherung erblicke. Die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina erfolgte seinerzeit, weil der ursprüngliche Besitzer den Aufruhr nicht zu dämpfen vermochte, während Oesterreich-Ungarn einen Aufstand in weiten Landstrecken an seiner Grenze auf die Dauer unmöglich ruhig mit ansehen konnte. (Sehr richtig!) Was die österreichisch-ungarische Verwaltung in dieser Zeit für die beiden Provinzen getan hat, das ist von allen sachverständigen Beurteilern als eine glänzende Kulturleistung anerkannt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Oesterreich-Ungarn hat sich ein Recht auf beide Provinzen durch seine Arbeit erworben. Der formale Verstoß, der bei der Annexion begangen wurde, ist durch die Verhandlungen mit der Pforte ausgeglichen worden. Bei den Verhandlungen ist von beiden Seiten mit staatsmännischer Weisheit den Interessen beider Teile gedient worden und ich glaube, daß beide Teile Anlaß haben, sich zu dem gelungenen Abschluß Glück zu wünschen. (Sehr richtig!) Nachdem eine Einigung unter den Nächstbeteiligten erzielt worden ist, wird die Zustimmung und die Anerkennung auch der übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrages nicht ausbleiben können. Daß auch das Plaset von Serbien erforderlich sein soll, ist eine Zumutung, die Oesterreich-Ungarn von Anfang an mit Recht abgelehnt hat. (Sehr richtig!) Den serbischen Forderungen steht kein Rechtsanspruch zur Seite. Wenn es nun auch ein unerträglicher Gedanke sein mag, daß der europäische Friede wegen Serbien gefährdet werden soll, so ist doch kein Grund vorhanden, an Oesterreich-Ungarn oder die Türkei die Zumutung zu stellen, unberechtigten serbischen Aspirationen nachzugeben. (Sehr richtig!) Aus diesen Aspirationen kann kein Krieg, geschweige denn ein Weltbrand werden. (Sehr richtig!) Ich habe aber die feste Zuversicht, daß das Friedensbedürfnis in Europa stark genug sein wird, um einen solchen Weltbrand zu verhüten. (Beifall.) Unsere Haltung gegenüber der Konferenzfrage hat sich nicht geändert. Wir haben nach wie vor keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine solche Konferenz, vorausgesetzt, daß alle europäischen Mächte an ihr teilnehmen und daß das Konferenzprogramm vorher genau liiert und fest umgrenzt wird, denn wir wünschen, daß die Konferenzberatungen nicht als Aufregungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190903302-14/fragment/page=0001

mittel, sondern als Beruhigungsmittel wirken. Ebensowenig sind wir dafür zu haben, daß an Oesterreich-Ungarn Zumutungen gestellt werden, die unvereinbar wären mit der Würde der habsburgischen Monarchie. (Beifall.) Unsere eigene Geschichte mahnt uns zur Vorsicht auch auf dem Gebiete der ehrlichsten Mäßigkeitstätigkeit. Wem schwebte hier nicht als großartiges Beispiel der Berliner Kongreß vor! Die Unzufriedenheit der Streitenden richtete sich nach dem Kongreß noch mehr gegen uns als gegen den bisherigen Gegner. Die Scherben aller enttäuschten Hoffnungen wurden gegen uns geschleudert. Mit dieser Erfahrung vor Augen haben wir uns die Linie für unsere Orientpolitik vorgezeichnet. Wir wahren unsere eigenen Interessen und stehen treu zu Oesterreich-Ungarn. Das ist, um das auch in diesem Zusammenhange zu wiederholen, identisch. Indem wir fest zu Oesterreich-Ungarn stehen, sichern wir am besten unsere Interessen. Und damit tragen wir auch am meisten bei zur Erhaltung des Friedens, des europäischen Friedens, dessen Wahrung aufrichtig gewünscht wird von diesem hohen Hause und vom deutschen Volke. (Beifall.)

Abg. **v. Hertling** (Ztr.): Was Marokko anlangt, so haben wir wohl alle das Gefühl gehabt, daß wir um Marokkos willen keinen Krieg führen können. In der völligen Einverleibung Bosniens lag keine reale Verschiebung in den durch die Berliner Konferenz geschaffenen Verhältnissen. Die Haltung, die unsere Regierung in dieser Angelegenheit eingenommen hat, war, wie wir anerkennen, eine korrekte. Es war richtig, daß wir fest und treu zu Oesterreich-Ungarn standen als unserem ersten und besten Verbündeten. (Beifall.) Auch das Verhalten der Regierung bei den Verhandlungen in London über die Flottenfrage erkenne ich als korrekt an. Wir haben das Flottengesetz, und dieses muß ausgeführt werden. Zurzeit kann nichts anderes gesagt werden, als daß eine allgemeine Verständigung über die Rüstungsfrage zu wünschen ist. Für meine Freunde ist nichts anderes bestimmend als die Wohlfahrt und Ehre des Vaterlandes!

Abg. **Graf Kanitz** (kons.): Auch wir erkennen an, daß die Sache Oesterreich-Ungarns in der bosnischen Frage eine gerechte ist. Niemand hat das Recht, für die völlige Aneignung Bosniens Kompensationen zu fordern. Daß wir an unseren österreichischen Verbündeten festhalten, billige ich, ich würde es aber bedauern, wenn dabei unsere alte Freundschaft zu Rußland ganz ignoriert würde. Was die Flottenfrage betrifft, so begreife ich nicht, wie man in England annehmen kann, daß unsere Flottenrüstung gegen eine befreundete Macht gerichtet sein könne. Ich verzichte darauf, noch in die Friedenstrompete zu blasen, und spreche nur meine Genugtuung aus über den Besuch des englischen Königspaares in Berlin und über die Art, wie der Reichskanzler dieses Besuches vorhin gleich an erster Stelle gedacht hat. Zum Schluß gebe ich noch meiner Freude darüber Ausdruck, daß der österreichisch-serbische Krieg vermieden ist und zwar unter Mitwirkung des Reichskanzlers. Und wenn der Reichskanzler weiter nichts getan hätte, so würde er doch schon durch dieses große Verdienst sich unseren Dank erworben haben.

Abg. **Bassermann** (natl.): Die Unterstützung Oesterreichs durch unsere Politik findet die Billigung meiner Freunde und auch wohl aller in diesem Hause. (Beifall.) Oesterreich hat bei seinen Wirren auf dem Balkan in ernster Stunde den Wert des Bündnisses mit uns kennen gelernt. Ohne den Rückhalt unseres starken deutschen Heeres wäre doch wohl vielleicht ein frischer, fröhlicher Krieg entstanden. Der Abschluß dieser ganzen Wirren ist ein dankenswerter Erfolg unserer deutschen Politik. (Beifall.) Zu bedauern sei, daß die deutschen Anschauungen in der ausländischen Presse fehr oft nicht richtig wiedergegeben würden. Eine bessere Fühlung mit der ausländischen Presse müsse geschaffen werden. Diese Frage sei so wichtig, daß er sie der Aufmerksamkeit des Staatssekretärs besonders empfehle. Wir wollen eine achtunggebietende Flotte nicht zum Trutz Englands, sondern zum Schutz unserer eigenen maritimen Interessen. (Bravo.) Zum Schluß wendet Redner sich noch zu der von den Sozialdemokraten beantragten Resolution betr. Anbahnung einer internationalen Verständigung zur Begrenzung der Rüstungen zur See sowie zum Verzicht auf das Prisenrecht.

Abg. **Schrader** (freis. Vgg.) plädiert zunächst für eine angemessenere Ausbildung der Diplomaten. Die wichtigste Frage sei die Balkanfrage. Die Türkei habe die Einverleibung Bosniens in Oesterreich-Ungarn als Tatsache anerkannt, auch gründen sich Oesterreich-Ungarns Rechte auf Bosnien auf den Berliner Vertrag und 30jährigen Besitz. Oesterreich-Ungarn habe also nicht den geringsten Anlaß, den territorialen Forderungen Serbiens auch nur das Geringste nachzugeben. Rußland habe sich mit seiner Politik, die nicht die geringsten Sympathien erwecke, außerhalb der europäischen Mächte gestellt. Unverständlich sei, wie man in England über unsere Flottenrüstungen im Unklaren sein und von auffälliger Beschleunigung unseres Flottenbaues reden könne. Wenn von einer Seite, in diesem Falle von England, eine Anregung zur Einschränkung der Rüstungen ergehe, so sollte man diese Anregung doch nicht so kurzerhand abweisen, sondern gern bereit sein zu Verhandlungen.

Abg. **Ledebour** (Soz.) legt zunächst Verwahrung gegen die Bassermannsche Darstellung ein, als ob das neuliche Stillschweigen beim Marinetat die Bedeutung einer Demonstration des ganzen Reichstages gegenüber England in der Flottenfrage gehabt habe. Die Rede des Reichskanzlers hat an gründlicher Aufklärung alles zu wünschen übrig gelassen. Das Wettrüsten nimmt kein Ende und für Kulturzwecke bleibt kein Geld übrig. Die Feinde der deutschen und der englischen Arbeiter sind die Kapitalisten. (Heiterkeit.) Herr v. Bethmann-Hollweg hat erst jüngst erklärt, für die Witwen- und Waisenversicherung sei kein Geld vorhanden. (Lebh. Rufe: Nein! nein!) Redner begründet eine Resolution auf Anbahnung einer internationalen Verständigung zur Begrenzung der Seerüstungen sowie zum Verzicht auf das Prisenrecht. In der Wahrung der Bündnistreue gegenüber Oesterreich sind wir mit der Regierung einverstanden. Für die Erhaltung des Friedens gebührt Dank nicht dem Zaren, sondern den serbischen Sozialdemokraten. (Heiterkeit.) Die serbische Regierung hat dem Kammerdiener des Kronprinzen eine Erklärung abgepreßt, die dann in der „Nordserbischen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht worden ist. Danken muß der Kanzler weiter den Japanern und den russischen Sozialdemokraten, weiter den Herren Mandelstamm und Silberfarb. (Heiterkeit. Zuruf: Und Stadthagen! Ernente Heiterkeit.) Gegenüber chauvinistischen Regungen werden wir an das Volk appellieren.

Abg. **Prinz zu Hohenlohe** (Rp.) begrüßt, daß unser Bündnis mit Oesterreich sich wieder als Bollwerk des Friedens bewährt hat. Hoffentlich werden sich unsere Beziehungen zu der Türkei wieder zu der alten Wärme entwickeln. Man übersehe aber auch nicht den Einfluß der Reichsfinanzen auf unsere Machtstellung. (Beifall.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (wirtsch. Vgg.): Abg. Ledebour und seine Freunde werden nie die nationalen Regungen der Mehrheit teilen. Unser Verhalten gegenüber Oesterreich war klug und erfolgreich. Möge das Deutschtum in Oesterreich stets das führende Element bleiben. Für unsere Beziehungen zu England unterschreibe ich die Kanzlerworte. Nur sollte einmal ausdrücklich erklärt werden, daß das Telegramm an Ohm Krüger ein offizieller Akt der deutschen Regierung war. Unser Flottengesetz ist das Mindestmaß dessen, was wir zum Schutz unserer Küsten und unserer Handelsflotte brauchen. Die Vorbildung unserer Diplomaten muß verbessert werden.

Reichskanzler **Fürst von Bülow**: Ueber die deutsch-englischen Beziehungen habe ich zu erklären: Niemals ist von England ein Vorschlag gemacht worden, der als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Durch unsern Flottenbau wollen wir nicht mit England in Wettbewerb treten. Unsere Flotte ist bestimmt zum Schutz unserer Küsten und unseres Handels und unser Flottenbau ist festgelegt durch das Flottengesetz. Zu dem Abrüstungsgedanken verweise ich auf meine früheren Erklärungen. Ueber unsere innerdeutschen Verhältnisse diskutieren wir nicht mit dem Auslande. (Beifall.) Ich danke den Vertretern der bürgerlichen Parteien für ihre Unterstützung. Unser Verhalten gegenüber Persien hat sich nicht geändert; wir verfolgen dort nur wirtschaftliche Ziele. Wir haben keinen Anlaß, dort aus unserer Reserve herauszutreten. Das Telegramm des Kaisers an Präsident Krüger war ein Staatsakt. Abg. Ledebour empfand große Sehnsucht nach mir; ich nach Herrn Bebel. (Heiterkeit.) Herr Bebel machte die Sache wirklich besser. (Heiterkeit.) Mit Ledebour ist keine Verständigung möglich. Er meint, nur die serbischen und russischen Revolutionäre haben den Krieg verhindert. (Heiterkeit.) Die meisten Konflikte sind nicht hervorgerufen durch Ambitionen der Fürsten, sondern durch die Leidenschaft der Völker. Die Zeit der Kabinettskriege ist vorüber. Umsomehr sollen die Parlamente die Friedenspolitik der Regierungen unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär **v. Tirpitz** legt im einzelnen dar, daß sich unser Flottenbau durchaus im Rahmen des Flottengesetzes bewege.

Nach kurzer weiterer Debatte vertagt sich das Haus auf Dienstag.

Ausland.

Italien. In der Deputiertenkammer bestätigte in Erwiderung auf eine Interpellation der Minister des Aeußern seine früher bezüglich der italienischen Universität in Triest in der Kammer abgegebenen Erklärungen und fügte noch hinzu, wenn die Hoffnung, die man gehegt, sich nicht verwirklicht habe, so bedauere er es, weil man eine Gelegenheit versäumt habe, die die Seelen der beiden Völker mehr genähert hatte, als die Politik der Regierungen es tun könnte. Der Minister erklärte weiter, er werde heute nicht wieder über die Balkanfrage sprechen, weil die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage noch schwierig und delikat sei. Was die Frage der nationalen Verteidigung anbetreffe, sei jede Erörterung überflüssig, denn keine Regierung könne eine gute auswärtige Politik ohne eine starke Armee und Marine treiben. Der Kriegsminister erklärte hierauf, die italienische Armee sei in einer solchen Verfassung, daß sie die Ehre und die Fahne des Landes hochhalten könne. Daß die Verteidigungsmittel des Landes vermehrt und der militärischen Organisation die nötige Entwicklung gegeben werden müsse, könne von niemand bezweifelt werden. Der Marineminister erklärte, in dem neuen Budget würden neue Kredite gefordert, um die Schiffsneubauten und den Bau von Trockendocks zu beschleunigen und allen Bedürfnissen der Kriegsmarine in befriedigender Weise genügen zu können.

Frankreich. Aus Toulon wird gemeldet, daß dort Versuche mit einem von dem Artilleriemajor Tournier erfundenen 240 mm-Geschütz vorgenommen wurden, mit dem sechs Schuß in der Minute abgefeuert werden können.

Der Rat des Arbeitersyndikats hat, wie wir aus Paris erfahren, die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Syndikat und dem Minister der öffentlichen Arbeiten beschlossen.

In Meru (Departement Oise) und den umliegenden Ortschaften streiken etwa 10 000 Knopfarbeiter, weil die Arbeitgeber die verlangte Lohnerhöhung verweigern. Die Streikenden, die wiederholt Zusammenstöße mit der Gendarmerie hatten, plünderten das Haus eines Fabrikanten und steckten die Möbel in Brand. Der Präfekt des Departements beschloß, 100 Gendarmen und 300 Dragoner nach Meru zu entsenden.

Der Tadelsantrag im englischen Unterhause. Mit Rücksicht auf die Beratung des Tadelsantrages war das Unterhaus am Montag überfüllt. Vor Beginn der Debatte wurde eine Reihe von Fragen über Marineangelegenheiten an den Ersten Lord der Admiralität Mc. Kenna und an den Premierminister Asquith gerichtet. In Beantwortung einer Anfrage von Seiten der Radikalen, in welcher gesagt wurde, daß die Erklärung des Staatssekretärs von Schoen eine günstige Gelegenheit geboten hätte, die englischen Vorschläge für ein englisch-deutsches Abkommen hinsichtlich der Flottenbauprogramme in bestimmterer Form zu wiederholen, führte Premierminister Asquith aus, die Erklärung des deutschen Staatssekretärs des Aeußeren wiederhole, was diesseits längst als die Auffassung der deutschen Regierung bekannt sei, seitdem die Frage der Flottenausgaben besprochen werde. Es sei selbstverständlich, daß England bereit sei, Vorschläge zu machen oder entgegenzunehmen, welche gegenseitig die Flottenbau-Ausgaben zu verringern möchten, oder, falls dies sich als unmöglich erweisen sollte, imstande wären, den in der öffentlichen Meinung herrschenden Argwohn betreffend die Ausdehnung oder den Zweck dieser Ausgaben zu beseitigen. Aber offiziell auf Vorschläge dieser Art irgendwo zu dringen, wo sie vielleicht nicht willkommen seien, würde ihre Aussichten nicht verbessern.

Persien. Nachdem auch in Meschedisser Unruhen ausgebrochen sind und die Revolutionäre unter Panow sich der Stadt Asterabad selbst bemächtigt haben, befindet sich jetzt fast die ganze Provinz Masanderan in ihren Händen.

24. Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen.

Merseburg, den 29. März 1909.

Zweite Plenarsitzung.

Die Sitzung wird um 9¼ Uhr durch den Vorsitzenden, Grafen von Wartensleben, Exzellenz, eröffnet. Nach geschäftlichen Mitteilungen wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Einmalige Schlußberatung der ungedruckten Provinzialausschuß-Vorlage betreffend Erteilung der Genehmigung zur Uebernahme der Oberleitung der Trinkerheilstätte Kurhaus Wilhelmshof an den Direktor der Landesheilanstalt Uchtspringe.

Berichterstatter: Abgeordneter Landrat von Krosigk aus Neuhaldensleben. Der Vorstand der Trinkerheilstätte Kurhaus Wilhelmshof hat die Absicht, die Oberleitung der Anstalt dem Direktor Dr. Alt gegen Gewährung einer Jahresremuneration von 1800 Mk. zu übertragen. Der Provinzial-Ausschuß bittet, die nach § 9 des Provinzial-Reglements für die dienstlichen Verhältnisse der Provinzialbeamten hierzu erforderliche Genehmigung zu erteilen. Der Provinzial-Landtag beschließt antragsgemäß.

2. Erste Beratung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage betreffend Diensteinkommensverbesserung der Provinzialbeamten.

Der Herr Landeshauptmann Exzellenz Freiherr von Wilmowski begründet ausführlich den Antrag des Provinzial-Ausschusses unter Hinweis auf das Vorgehen des Staates und der anderen Provinzen der Monarchie; die Erhöhung der Gehälter sei unabweisbar im Hinblick auf die gegenüber früher erhöhten Lebensmittelpreise; bei Bemessung der in Vorschlag gebrachten Zulagen sei das Prinzip der Gleichstellung mit den Staatsbeamten maßgebend gewesen, ferner die Gleichstellung mit gleichartigen Beamten anderer Provinzen, um damit keine Neigung zum Uebertritt in den Dienst besser bezahlender Provinzialverwaltungen aufkommen zu lassen. Der Gesamtbetrag der Diensteinkommensverbesserungen betrage 273 885 Mk. für 1321 Beamte; davon seien für Gehälter 206 104 Mk., Diäten und Löhne 14 494 Mk., Wohnungsgeld 22 778 Mk., Mietsentschädigung 19 400 Mk., Pensionen 3100 Mk., Witwen- und Waisenkassenbeiträge 8000 Mk. zu rechnen. Die Gesamtsumme betrage noch nicht ½ Prozent der Provinzialabgabe. Die für die einzelnen Beamtenkategorien vorgesehenen Gehaltserhöhungen seien aus der den Abgeordneten gedruckt vorliegenden Nachweisung Anlage D der Vorlage zu ersehen; er bitte, falls die Vorlage, wie zu vermuten, einer Kommission überwiesen werde, um wohlwollende Prüfung, damit ein leistungsfähiger Beamtenstand erhalten bleibe.

Königlicher Kammerherr Rittergutsbesitzer Freiherr von Erffa verweist auf die Verhandlungen im Abgeordnetenhause über die Besoldungserhöhungen der Staatsbeamten; dort sei die Staatsvorlage bedingungslos angenommen, die höheren Gehälter müßten durch höhere Steuern aufgebracht werden, dies sei auch bei der Provinz der Fall. Unrichtig sei es, die auf das Jahr 1908 entfallenden Erhöhungen aus Ueberschüssen der Vorjahre decken zu wollen, letztere müßten in das Einnahme-Extraordinarium eingestellt oder zur außerordentlichen Schuldtilgung verwendet werden. Was die Erhöhungen des Diensteinkommens der einzelnen Beamtenklassen anlange, so sei seines Erachtens die Provinzial-Verwaltung zu weit gegangen, namentlich sei er gegen die außer der Gehaltserhöhung eingesetzten pensionsfähigen Zulagen, zu denen gar keine Veranlassung vorliege. Die Landesräte ständen sich nach dem Vorschlage bedeutend besser wie die Regierungsräte. Die Gewährung von 600 Mk. pensionsfähiger Zulage an den Bureaudirektor, Rechnungsrevisor und zwei Rendanten sei bei der vorgesehenen bedeutenden Gehaltserhöhung unnötig, das sei eine doppelte Verbesserung; ebenso hätten letztere keinen Anspruch auf Bezug der Mietsentschädigung für Oberbeamte von 720 Mk. jährlich, sie seien Subalternbeamte und hätten nur 480 Mk. zu beanspruchen. Wenn die Verbesserungen, wie vorgeschlagen, angenommen würden, werde dies lawinenartig auf Kreis-, Kommunal- und Privatbeamte nachwirken und dort kaum zu befriedigende Ansprüche erwecken (lebhafte Zustimmung); der Wohnungsgeldzuschuß müsse wie beim Staate zunächst nur provisorisch bis 1911 bewilligt werden; im Abgeordnetenhause trage man sich überhaupt mit der Absicht, das Wohnungsgeld ganz abzuschaffen. Was den Zeitpunkt des Beginns der Gehaltserhöhung anbetreffe, so halte er es für ungerechtfertigt, hierfür den 1. April 1908 festzusetzen; die Provinz sei nicht verpflichtet, der Besoldungsvorlage rückwirkende Kraft zu geben, er empfehle die Zulagen vom 1. April 1909 ab — wie die Provinz Schlesien — zu gewähren. Wenn der Herr Landeshauptmann darauf verwiesen habe, daß die Provinzen gemäß dem in der letzten Landesdirektoren-Konferenz gefaßten Beschlusse einheitlich vorgehen müßten, so müsse er dem entgegnen, daß dies für den Landtag nicht bindend sei, dieser vielmehr das Recht habe, nach eigenem Ermessen unter Berücksichtigung aller Verhältnisse die Gehälter der Provinzial-Beamten festzusetzen. Er bitte um Verweisung der Vorlage an eine Kommission und empfehle eine genaue und gewissenhafte Prüfung.

Der Herr Landeshauptmann greift auf die Beschlüsse der letzten Landesdirektoren-Konferenz zurück; es liege im Interesse der ganzen Vorlage, gleichmäßig mit den anderen Provinzen vorzugehen. Mit der vom Herrn Vorredner gewünschten Verwendung der Ueberschüsse aus den Vorjahren sei er einverstanden, auf die von demselben gegen die Vorlage erhobenen Bedenken wolle er in der Kommissionsberatung speziell eingehen und nur noch bemerken, daß die eingestellten pensionsfähigen Zulagen schon früher gewährt seien und daß es eine Härte sein würde, sie den betreffenden Beamten wieder zu entziehen.

Oberbürgermeister Banji aus Quedlinburg ist der Ansicht, daß die Beamtengehälter dem verminderten Geldwerte entsprechend erhöht werden müßten, daß nach seinem Dafürhalten die Provinzial-Verwaltung — wenn man die den Beamten gesellschaftlich etwa gleichstehenden geschäftlichen Kreise ins Auge fasse — zu weit gegangen sei, und daß er bei allem Wohlwollen für die Beamten der Vorlage nicht zustimmen könne; er beantragt gleichfalls Kommissionsberatung.

Bürgermeister Beck aus Gardelegen spricht seine Bedenken aus gegen die Verschiedenartigkeit des Eintretens des Höchstgehaltes bei den einzelnen Beamtenkategorien festgesetzten Zeitpunktes und bittet unter eingehender Begründung um Erhöhung der Gehälter der Chausseeaufseher über die Vorlage hinaus.

Herr Landrat Freiherr von Palombini ist gleichfalls für eine besondere Zulage für die Chausseeaufseher, da diese infolge ihres Amtes fortwährend von zu Hause abwesend seien und für sich größere Aufwendungen machen müßten.

Die Vorlage wird an die Haushaltskommission verwiesen.

3. Erste Beratung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage betreffend Ankauf des „Feldschlößchen" in Nietleben.

Berichterstatter Landeshauptmann Freiherr von Wilmowski, Exzellenz: Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Nietleben sei räumlich sehr beschränkt, so daß für die landwirtschaftliche Beschäftigung und die Bewegung der Kranken, sowie für etwa erforderlich werdende Neubauten kein Platz vorhanden sei; der Handelsgärtner Wolff habe sein Grundstück, das sogenannte „Feldschlößchen" in Nietleben zum Kauf angeboten; der Preis erscheine angemessen, der Wert der Baulichkeiten sei vom Hochbaubureau auf 14 350 Mk. geschätzt, zum Grundstück gehört eine Gartenfläche von 1,2820 Hektar, die Kosten der baulichen Aenderung und Anschluß an die Wasserleitung seien auf 10 500 Mk. veranschlagt. Der Provinzial-Ausschuß empfehle den Ankauf dringend und beantrage: Der Provinzial-Landtag wolle genehmigen, daß a) das Grundstück „Feldschlößchen" zu Nietleben zum Preise von 33 000 Mk. angekauft wird, b) dieser Kaufpreis, sowie die Kosten der baulichen Instandsetzung im Betrage von 10 500 Mk. vorschußweise aus bereiten Mitteln gezahlt und demnächst in den Haushaltsplan des Jahres 1910 eingestellt werden.

Oberbürgermeister a. D. Schneider aus Magdeburg wünscht Auskunft über die baulichen Zustände des angebotenen Hauses. Stadtverordneter Architekt und Zimmermeister Riemann aus Magdeburg bemerkt, daß, wenn in ein Hausgrundstück von 14 300 Mk. Wert ein Betrag von 10 500 Mk. hineingebaut werden solle, es sich empfehle, das Haus besser wegzureißen und neu zu bauen. Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden wird die Vorlage an die Anstaltskommission verwiesen.

4. Erste Beratung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage betreffend Wanderstättengesetz.

Abgeordneter Landrat Frantz aus Worbis hält die Vorlage für verfrüht und für die Provinz Sachsen unannehmbar, weshalb er gegen sie stimmen müsse. Nach der gedruckten Vorlage wolle der Provinzial-Ausschuß im Regierungsbezirk Magdeburg 22, in Merseburg 27, in Erfurt 11, zusammen 60 Wanderarbeitsstätten mit Arbeitsnachweis einrichten. Nach Abschnitt 2, Nr. 5 des Provinzial-Ausschuß-Antrages solle mit den an die Provinz angrenzenden Bundesstaaten und Provinzen wegen ihres Anschlusses an die Wanderarbeitsstätten und Arbeitsnachweise der Provinz verhandelt werden; es müsse erst Gewißheit geschaffen werden, daß dieser Anschluß erfolge, da anderenfalls die Bettler der angrenzenden Staaten und Provinzen sich nach der Provinz Sachsen ziehen und andere den Vorteil von unseren Einrichtungen haben würden. Die Ansicht, daß die Landwirtschaft von der Einrichtung Vorteile haben werde, sei irrig, da durch die Einrichtung die Arbeitsleute nicht auf dem Lande zurückgehalten würden, vielmehr das Gegenteil zu erwarten sei.

Der Herr Landeshauptmann teilt mit, daß der Abschluß eines Abkommens mit den angrenzenden Bundesstaaten und Provinzen wegen des Anschlusses an die diesseitig beabsichtigte Einrichtung bereits im Gange sei; er könne der Ansicht des Vorredners nicht beitreten, bitte vielmehr um Annahme der Vorlage. Geheimer Regierungsrat Landrat Stegemann aus Halberstadt kann der Ansicht des Landrats Frantz nicht beitreten, ist vielmehr für die Durchführung des Wanderarbeitsstättengesetzes, nur erscheint ihm die Zahl der beabsichtigten Wanderarbeitsstätten zu hoch. Die Hauptsache sei, den arbeitswilligen Arbeitslosen durch den mit der Stätte verbundenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190903302-14/fragment/page=0002

Arbeitsnachweis wieder Arbeit zu verschaffen. Er empfehle die Verminderung der Arbeitsstätten an Zahl und sei für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Regierungspräsident a. D. Graf Hue de Grais spricht sich ähnlich aus. Es braucht nicht abgewartet zu werden, bis ein Abkommen mit den angrenzenden Bundesstaaten und Provinzen getroffen sei, es könne schon jetzt ein Versuch mit der Einführung gemacht werden.

Se. Exzellenz der Herr Oberpräsident begründet die Absichten der Staatsregierung mit dem Arbeitsstättengesetz und begrüßt die Vorlage mit Freuden. Die Provinz Sachsen solle ev. allein vorgehen, die beabsichtigten Einrichtungen würden ihr zum Segen gereichen. Die Aenderung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die gerichtliche oder polizeiliche Bestrafung arbeitsscheuer Bettler sei zwar erwünscht, brauche aber nicht abgewartet zu werden; er bittet, die Vorlage wohlwollend zu prüfen und anzunehmen. Herr Oberbürgermeister a. D. Schneider aus Magdeburg meint, es würde für die Provinz Sachsen eine Ehre sein, als erste die Einrichtung durchzuführen. Nachdem noch Herr Oberbürgermeister Bansi, Justizrat und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ludwig und Oberbürgermeister Dr. Lentze warm für die Vorlage eingetreten sind, wird deren Ueberweisung an eine Kommission von 11 Mitgliedern beschlossen.

5. Einmalige Schlußberatung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage betreffend Beseitigung der Hochwasserschäden in der Altmark.

Berichterstatter: Abgeordneter Landrat von der Schulenburg auf Beetzendorf. Das gewaltige Hochwasser im Februar hat im Flußgebiet der Elbe zu einer schweren Katastrophe für die Altmark geführt. Durch eine viele Kilometer lange Eisverstopfung unterhalb Sandau aufgehalten, hat die Elbe an zwei Stellen den Stromdeich durchbrochen und nach und nach die fruchtbare Niederung der Wische mit einem Landgebiet von mehr als 25 000 Hektar und zahlreiche Ortschaften unter Wasser gesetzt. Ueber Art und Umfang des durch das Hochwasser angerichteten Schadens können nähere Angaben noch nicht gemacht werden. Der Schaden ist sehr bedeutend und zudem ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß er durch ein zweites Hochwasser noch bedeutend vermehrt wird. Die Beseitigung der Schäden ist nicht ohne Aufwendung bedeutender öffentlicher Mittel möglich, selbst wenn die in ganz Deutschland veranstalteten Geldsammlungen den erhofften reichen Ertrag ergeben würden. Die Königliche Staatsregierung hat sich bereit erklärt, beträchtliche Staatsgelder zur Verfügung zu stellen, macht aber ihr Eintreten von einer angemessenen Beihilfe der Provinz abhängig. Um der geschädigten Altmark schnelle Hilfe bringen zu können, halte es der Provinzial-Ausschuß für erforderlich, sich mit den Maßnahmen der Königlichen Staatsregierung bedingungslos einverstanden zu erklären und die von ihr der Provinz gemachten Vorschläge vorbehaltslos anzunehmen. Hiernach werde gebeten, folgenden Beschluß zu fassen: 1. Der Provinzial-Ausschuß wird ermächtigt, dem Kreise Osterburg oder dem Kommunalverbande der Altmark zur Beseitigung der dringendsten Hochwasserschäden des Jahres 1909 einen Betrag von höchstens ⅓ der seitens des Staates zunächst als notwendig bezeichneten 500 000 Mk., also 100 000 Mk., als Darlehen aus bereiten Provinzialmitteln zur Verfügung zu stellen. Das Darlehen ist zinslos zu gewähren und demnächst nach drei Freijahren in fünf gleichen Jahresraten nach Abzug eines Betrages von 15 Prozent, auf welchen die Provinz zugunsten des Kreises oder des Kommunalverbandes der Altmark verzichtet, zurückzuzahlen. Es wird dabei vorausgesetzt, daß der Staat den Rest von ⅔ von 500 000 Mark = 400 000 Mk. unter den gleichen Bedingungen bewilligt. 2. Der Provinzial-Ausschuß wird ferner ermächtigt, für den Fall, daß die Aufwendung weiterer öffentlicher Mittel aus Anlaß des Hochwassers von 1909 in der Altmark erforderlich sein sollte, die Provinz auch an weiteren staatlichen Aktionen durch Gewährung von Darlehnen oder unentgeltlichen Beihilfen aus bereiten Provinzialmitteln im Höchstbetrage von ¼ der staatlichen Leistungen zu beteiligen. 3. Der Provinzial-Ausschuß wird beauftragt, dem nächsten Provinzial-Landtage über die Ausführung dieses Beschlusses Bericht zu erstatten und wegen endgültiger Aufbringung der aufgewendeten Beträge Vorschläge zu machen.

Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Annahme dieses Antrages mit einen geringfügigen Abänderung in Nr. 2. Se. Exzellenz der Herr Oberpräsident teilt mit, daß vom Minister weitere 160 000 Mk. zur Beseitigung der Hochwasserschäden in der Altmark bewilligt seien, wovon die Provinz 40 000 Mk. zu tragen habe. Der Antrag wird angenommen ohne Debatte.

6. Einmalige Schlußberatung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage betreffend Uebertragung der Verwaltung und Unterhaltung von Provinzial-Chausseestrecken an die Landgemeinden Beesen und Nietleben.

Berichterstatter: Se. Exzellenz von Wedel auf Piesdorf begründet den Antrag des Provinzial-Ausschusses. Provinzial-Landtag wolle beschließen: 1. daß mit den Gemeinden Beesen und Nietleben Verträge nach Maßgabe der gedruckt vorliegenden Entwürfe abgeschlossen werden, und 2. daß die für die Abtretung zu zahlenden Renten aus der Ausgabe des Haushaltsplanes für die Chausseen- und Straßenverwaltung entnommen werden und das Soll dieser Ausgabestelle entsprechend erhöht wird. Der Antrag wird ohne Abstimmung angenommen.

7. Erste Beratung der Provinzial-Ausschuß-Vorlage betreffend Verstärkung der Betriebsmittel der Provinzial-Hilfskasse von Sachsen.

Berichterstatter Landrat Frantz aus Worbis. Die Vorlage wird einer Kommission von 7 Mitgliedern überwiesen, nachdem sie vom Berichterstatter zur Annahme empfohlen ist. Erwünscht wird die Vermeidung der Konkurrenz mit Kreis- und städtischen Sparkassen bei Geldunterbringung und die Festsetzung eines billigeren Zinsfußes — jetzt 4¼ Prozent — für Darlehnsnehmer.

8. Erste Beratung des selbständigen Antrages auf Rückgängigmachung des vorjährigen Landtagsbeschlusses betreffend Einführung einjähriger Etatsperioden.

Der von 19 Abgeordneten unterzeichnete Antrag: Der Haushaltsplan des Provinzial-Verbandes soll in Uebereinstimmung mit dem bisherigen, durch Beschluß des Landtags vom 20. März 1908 auch für die laufende Etatsperiode genehmigten Verfahren künftighin für je zwei aufeinanderfolgende Jahre aufgestellt werden, gibt Anlaß zu einer längeren Besprechung. Der Berichterstatter, Justizrat und Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ludewig hebt hervor, daß der auch von ihm unterzeichnete Antrag erst nach sorgsamster Erwägung gestellt sei; er bitte um dessen Beratung. Der vorjährige Beschluß sei nur mit geringer Majorität gefaßt worden und vorwiegend mit dem Grunde, durch die einjährige Etatsperiode in engerer Fühlung mit der Provinzial-Verwaltung zu bleiben. Dies sei zu billigen, aber zu berücksichtigen, daß bei einjähriger Etatsperiode mehr Neigung zur Bewilligung von größeren Summen vorhanden sei. Irgend welche Unzuträglichkeiten seien bei der zweijährigen Periode nicht hervorgetreten. Er empfehle eine Resolution des Inhalts, daß der Provinzial-Landtag den Wunsch hat, alljährlich zusammenzutreten, wenn genügendes Material dazu vorliegt. Abgeordneter Oberbürgermeister Dr. Contag ist gegen den Antrag. Königlicher Kammerherr Freiherr von Erffa und Oberbürgermeister Dr. Lentze empfehlen den Antrag unter eingehender Begründung. In der weiteren Besprechung wird die Verweisung des Antrags an eine Kommission empfohlen. Dies wird beschlossen und die zweite Beratung auf Mittwoch angesetzt.

Die Kommissions-Kommission ist wegen der vorzunehmenden Kommissionswahlen zu einer Beratung zusammengetreten. Dienstag fällt die Plenersitzung aus, nächste Sitzung Mittwoch, den 31. März.

Aus Nah und Fern.

41 Häuser niedergebrannt. Das Städtchen Hirschau bei Amberg ist am Montag dem „Regensburger Anzeiger" zufolge von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. Das Feuer entstand mittags in einer Schmiedewerkstatt wahrscheinlich durch spielende Kinder und verbreitete sich rasch weiter. 41 Häuser sind abgebrannt. Am Abend gelang es, dem Weiterumsichgreifen des Brandes Einhalt zu tun.

Liebesdrama. Gestern abend versuchte der Gelegenheitsarbeiter Wenske in Rixdorf aus Eifersucht seine Geliebte zu erschießen und jagte dann sich selbst eine Kugel durch den Kopf, die ihn auf der Stelle tötete.

In dem Giftmordprozeß gegen den Kaufmann Feller und die Rentiere Schröder erkannten die Geschworenen gestern abend Feller des versuchten Mordes schuldig, während Frau Schröder als nichtschuldig erachtet wurde. Das Gericht verhängte über Feller vier Jahre Zuchthaus und sprach Frau Schröder frei.

Hallesche Nachrichten.

Halle a. S., den 30. März.

— **Die gestrige Stadtverordnetenversammlung** erledigte ihre Tagesordnung ohne wesentliche Debatten. Es standen Gegenstände zur Verhandlung, über die wir schon kurz nach den Ergebnissen der Ausschußsitzungen berichtet haben. Mehr Interesse nahm die Genehmigung des Kauf- und Pachtvertrages wegen des Zoologischen Gartens in Anspruch. Die Magistratsentwürfe wurden auch hier nur mit einigen Abänderungen angenommen. Wir kommen auf den Verlauf der Sitzung in dem Bericht in der nächsten Nummer unserer Zeitung noch zurück.

Letzte Telegramme.

Fürstenbegegnungen.

Athen, 30. März. Im April stattet der König und die Königin von England dem griechischen Hofe einen offiziellen Besuch ab. Von Athen begeben sie sich nach Korfu, wo eine Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser und der deutschen Kaiserin erfolgt.

Iswolski hat demissioniert.

Petersburg, 30. März. **Iswolski hat demissioniert. Als sein Nachfolger gilt General Engalitschew, der Kaiser Wilhelm attachiert war und als Pflegesohn des verstorbenen Botschafters Ignatiew eine gute diplomatische Schule durchmachte.**

Die Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 30. März. Infolge des von München gemeldeten Wetterumschlags wurde beschlossen, von der für heute geplanten Fernfahrt abzusehen. Die gestern durchgeführte Höhenfahrt dauerte fünf Stunden.

Der Todesantrag im englischen Unterhause.

London, 30. März. Im englischen Unterhaus gab Grey im Laufe der Sitzung einen Ueberblick über die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Während der Konferenz von Algeciras bestanden zwischen England und Deutschland diplomatische Verwicklungen. Die diplomatischen Beziehungen besserten sich im Laufe der Zeit. Grey gedachte des Besuches des Kaisers in London und des Besuches des Königs in Berlin. Ein gewisses Gefühl der Entmutigung, daß die augenblickliche Besserung wieder durch die marokkanische Frage zurückgedrängt werden könnte, sei durch das deutsch-französische Abkommen verschwunden. Was die künftigen diplomatischen Beziehungen zu Deutschland anlange, so könnten beide Länder in Frieden und Freundschaft wandeln. Zwei Dinge könnten einen Konflikt hervorrufen, einmal der Versuch Englands, Deutschland zu isolieren. Keine Macht von der Stellung und Stärke Deutschlands würde eine Politik der Isolierung, die von einer benachbarten Macht ausging, dulden. Grey wies dann die Behauptung zurück, daß Meinungsverschiedenheiten mit Oesterreich deswegen entstanden seien, weil Deutschland Oesterreichs Freund sei. Andererseits könnte auch eine Isolierung Englands hervorgerufen werden durch den Versuch irgend einer kontinentalen Macht, zu herrschen und die Politik des Kontinents zu diktieren. Zwischen beiden Extremen sei ein weites Gebiet, auf dem zwei Völker mit einander auf völlig freundschaftlichem Wege wandeln könnten.

Hochwasservorhersage.

Auf Grund der neuesten hier vorliegenden Meldungen sind folgende Wasserstände zu erwarten.

Elbe:

Mühlberg	= + 4,60 m	am 30./31. cr. nachts.
Torgau	= + 4,15 „	„ „ 31. cr. vorm.
Mauken	= + 4,20 „	„ „ 31. cr. mittags.
Wittenberg	= + 4,05 „	„ „ 1. April vorm.
Roßlau	= + 4,00 „	„ „ 1./2. „ nachts.
Aken	= + 4,25 „	„ „ 1./2. „ nachts.
Barby	= + 4,25 „	„ „ 1./2. „ nachts.
Schönebeck	= + 4,35 „	„ „ 2. „ vorm.
Prechen O.-P.	= + 5,05 „	„ „ 2. „ vorm.
Magdeburg	= + 3,75 „	„ „ 2. „ nachm.
Tangermünde	= + 4,20 „	„ „ 3. „ mittags.
Sandau	= + 4,50 „	„ „ 3. „ abends.
Dom. Mühlenholz	= + 4,70 „	„ „ 3./4. „ nachts.
Wittenberge	= + 4,20 „	„ „ 5. „ vorm.

Saale:

Trotha	= + 4,00 m	am 31. cr. mittags
Rothenburg	= + 3,40 „	am 31. 3./1. 4. nachts
Bernburg	= + 3,35 „	am 1. 4. mittags
Calbe (N.-P.)	= + 3,05 „	am 1. 4. abends.

Magdeburg, den 29. März 1909, 10½ Uhr vormittags.

Elbstrombauverwaltung.

Börsen- und Handelsteil.

W. **In der Aufsichtsratssitzung der Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuser Hütte** in Artern wurde beschlossen, der am 3. Mai cr. stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. für 1908 vorzuschlagen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Berlin**, 29. März. **(Berliner Produktenbörse.)** Die **amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt:** Weizen, inländ. 229,00—232,00 M ab Bahn und frei Mühle, Mai 230,50 bis 231,00 M, Juli —,— bis —,— M, September 211,50—212,00 M. Roggen, inländ., 171,00—172,50 M ab Bahn und frei Mühle, Mai 176,00—176,25 M, Juli 181,00—181,25 M, Sept. —,— M. Hafer märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. u. schles. fein 188 bis 196,00 M, mittel 183,00—187,00 M, gering 179—182 M, russ. 177 bis 182 M ab Bahn u. frei Wagen. **Mais. amerik. Mixed 168—171 M,** runder 171,00—173,00 M frei Wagen. Gerste. inländ. Futtergerste. mittel und gering 156,00—167,00 M, gute 168,00—184,00 M, russische und Donau leichte 140,00—143,00 M, schwere —,— M, ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterware mittel 187—192 M. Taubenerbsen 193—202 M, ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 28,25—30,50 M. Roggenmehl 0 und 1 21,30 bis 23,00 M. Weizenkleie 11,75—12,25 M. Roggenkleie 11,60—12,20 M. — Mittagsbörse: Weizen inländ. 230,00—232,00 M ab Bahn, Mai 231,50—233,50—232,75 M, Juli 230,75—232,50—231,75 M, September 212,00—213,00 M. Roggen inländ. 171,50 bis 172,50 M ab Bahn, Mai 176,50—177,50—177,25 M, Juli 181,75—182,50 bis 182,25 M. Weizenmehl 00 28,50 bis 30,75 M. Roggenmehl 0 und 1 21,30—23,10 M. Rüböl Mai 53,70—53,60—53,70 M, Oktober 52,50 M Geld.

Düngemittel.

— **Magdeburg**, 29. März. Dünge- und Futtermittel (J. F. Lahne.) Chilisalpeter 15—16 % Lieferung Frühjahr 1909 10,20 M, schwefels. Ammoniak 20,5 % Lieferung Frühjahr 1909 pr. 61 ℔ pr. % Kalkrückstoß, 19 % 53 ℔ pr. % aufgeschloß. Peruguano 7 + 9½ % 8,10 M, Ammoniak-Superphosphat 9 + 9 % 7,50 M Superphosphat 17—19 % 17½ ℔, Baumwollsaatmehl, entfuselt 55 bis 58 % 7,90 M, Lexas 55—58 % —,— M, Erdnußkuchenmehl 52—56 % 7,40 M, Sesamkuchenmehl 50—52 % deutsches 7,30 M, Weizenkleie 26—30 % 7,20 M, Maiskeimkuchenmehl 30—36 % 8,00 M, Rapskuchen, deutsche 30—33 % 8,20 M, Palmkernkuchen, deutsche 23—26 % 6,50 M, Leinsaatkuchen, deutsche 36—40 % 8,50 M, Rapskuchen, deutsche 40—43 % 6,10 M, Mohnkuchen, deutsche 42—45 % —,— M, Reisfuttermehl aus deutscher Schälmühle 24—28 % 5,40 M, helle Biertreber 26—30 % —,— M, Knochen-Präzipitat (Futterkalk) feinste Ware mit 40 % 11,00 M Parität frei ab Magdeburg bei 200 Ztr.-Ladungen.

Hopfen.

— **Nürnberg**, 27. März. (Hopfenbericht.) Die Gesamtumsätze in der abgelaufenen Woche bestanden in 1100 Ballen, hiervon entfallen auf Exportzwecke 1000 Ballen; für Kundschaftsbedarf war nur schwache Frage. Die Preise aller Sorten sind gedrückt. Wochenzufuhr 300 Ballen.

Heutige Preise für: Geringe Marktthopfen bis 10 M, mittel do. bis 25 M, prima bis 32 M, Gebirgshopfen bis 42 M, geringe Aischgründer bis 10, mittel do. bis 22 M, prima do. bis 32 M, geringe Hallertauer bis 12 M, mittel do. bis 35 M, prima do. bis 57 M, Hallertauer Siegelgut bis 62 M, geringe Elsässer bis 12 M, mittel do. bis 30 M, prima do. bis 48 M, geringe badische — M, mittel do. bis 35 M, prima do. bis 60 M, geringe Württemberger bis 15 M, mittel do. bis 35 M, prima do. bis 60 M, mittel Posener bis — M, prima do. bis — M, Spalter Land, leichte Lagen bis 50 M, do. schwere Lagen bis 65 M. Für Auswahl aus Partien werden einige Mark mehr bezahlt.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 29. März. Prima Kartoffelmehl und Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 22,00—22,50 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 29. März. Kartoffelstärke 21,75—22,25 Mk., Kartoffelmehl 21,75—22,25 Mk., feuchte Stärke 11,60 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 29. März. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 62,25—63,25 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 69,75—70,75 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 29. März. Spiritus matt, März 24⅜ G., März-April —,— G., April-Mai —,— G.

— **Paris**, 29. März. Spiritus ruhig, März 39,25, April 39,50, Mai-Aug. 40,25, Sept.-Dez. 38,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 29. März. Rüböl loko 59,00, Mai 57,50.

— **Hamburg**, 29. März. Rüböl ruhig, loko verzollt 60,00.

— **Amsterdam**, 29. März. Leinöl behauptet, loko 22, April 22, Mai-August 22⅜, Sept.-Dezbr. 22⅜, Januar-April 22.

— **Paris**, 29. März. Rüböl behauptet, März 63,00, April 62,50, Mai-August 61,75, Sept.-Dez. 61,50.

W. Pest, 29. März. Raps per August 14,00 Gd., 14,10 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 29. März. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per März 21,10, per April 20,95, per Mai 21,05, per August 21,35, per Oktober 19,90, per Dezember 19,80. Tendenz: ruhig.

W. London, 29. März. 96 % Java-Zucker prompt stetig, 11½ d. 4½ d. Verk. Rüben-Rohzucker März stetig, 10½ d. 6 d. Wert.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 29. März. Baumwolle, stetig, Upland middling loko 48 Pfg.

— **Antwerpen**, 29. März. Wolle. La-Plata-Zug Type B. April 5,65 bez. Dezember 5,60 bez. Behauptet.

— **Liverpool**, 29. März. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Stetig. Amerikan. good ordinary Lieferungen: Stetig. Per März 4,92, per März-April 4,93, per April-Mai 4,93, per Mai-Juni 4,95, per Juni-Juli 4,97, per Juli-August 5,00, per August-Septbr. 4,97, per Sept.-Okt. 4,94, per Okt.-Nov. 4,92, per Nov.-Dez. 4,90.

Petroleum.

— **Hamburg**, 29. März. Petroleum flau, Amerik. spez. Gewicht 0,800 7,25.

Metalle.

— **Amsterdam**, 29. März. Bancazinn fest, loko 80⅜.

— **London**, 29. März. Silber 23 3/16 Lstrl., Chili-Kupfer 57 Lstrl., per 3 Monate 57 13/16 Lstrl., Blei, span., 13⅜ Lstrl., engl. 14 Lstrl., Zinn 132⅞ Lstrl., Zink 21⅜ Lstrl.

— **Glasgow**, 29. März. **Roheisen.** Scotch warrants — sh. — d. **Warrants Middlesborough III** 46 sh. 10½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 29. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 563 Rinder, und zwar 239 Ochsen, 28 Kalben, 181 Kühe, 115 Bullen, 268 Kälber, 580 Stück Schafvieh, 1879 Schweine, und zwar nur deutsche; zu. 3290 Tiere. Preise: Ochsen: I. 76, II. 66, III. 58, IV. 50 M für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. 72, II. 67, III. 58, IV. 50, V. 40 M für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 64, II. 59, III. 54 M für 50 kg Schlachtgew. Kälber: I. 55, II. 50, III. 38, IV. — M für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 36, II. 34, III. 26 M für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 67, II. 64, III. 60, IV 59 M für 50 kg Schlachtgew. Verkauft: 499 Rinder, und zwar: 206 Ochsen, 27 Kalben, 158 Kühe, 108 Bullen; 264 Kälber, 455 Schafe, 1833 Schweine. Geschäftsgang: Rinder, Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen und Schafe langsam, Kälber mittelmäßig, Schweine mittelmäßig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 29. März. Roter Winter-Weizen loko 127⅞, per Mai 121⅞, per Juli 114⅝, per Sept. —,—, per Dez. —,—. Mais per Mai 74, per Juli 73⅜, per Sept. 73. Mehl 4,45. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 29. März. Weizen per Mai 119⅛, per Juli 106⅛, Mais per Mai 66⅞.

W. New-York, 29. März. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 29. März. Schmalz Westernsteam 10,65, Rohe und Brothers 10,90.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Börsen- und Handelsteil i. V. Max Ebeling; für Provinz, Allgemeines und Lokales: i. V. Arthur Bierbach; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190903302-14/fragment/page=0003

Berliner Börse, 29. März 1909

Die Rubrik in Geschäftsschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1. Jan. | 1. Apr. | 1. Juli | 1. Okt. | 1. 1. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. quartalsweise. 1. 4. 7. 10. 31. Jan. | 31. Mai | 31. Aug. | 31. Nov. | 1. Aug. | 1. Nov. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11. | 15. 1. | 15. 4. | 15. 7. | 15. 10. | 1. 3. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12. | 15. 3. | 15. 6. | 15. 9. | 15. 12. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11. | 1. 3. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 1. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 1. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 1